

Frau Astrid Eibelshäuser
Frau Dietlind Grabe-Bolz
Frau Dr. Ulrike Krautheim
Frau Eva Janzen
Herr Rolf Krieger
Frau Elisabeth Langwasser
Herr Johannes Loheide
Herr Michael Puhl
Herr Gerhard Merz
Herr Burkhard Schirmer
Frau Renate Schlotmann
Herr Peter Sommer
Herr Frank Walter Schmidt
Herr Mehmet Tanriverdi
Herr Andreas Walldorf

(bis 24:00 Uhr)

(bis 24:00 Uhr)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Wolfgang Deetjen
Herr Gerhard Greilich
Herr Klaus-Dieter Grothe
Frau Susanne Lehne
Frau Maren Kolkhorst
Frau Edith Nürnberger
Herr Christian Otto
Frau Dr. Bettina Speiser

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis
Herr Michael Beltz
Herr Michael Janitzki
Herr Tjark Sauer

(bis 00:49 Uhr)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich
Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Harald Scherer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Heiner Geißler
Herr Johannes Zippel

Stadtverordnete der Bürgerliste Gießen:

Frau Elke Koch-Michel

Vom Magistrat:

Herr Heinz-Peter Haumann	Oberbürgermeister	
Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin	
Herr Thomas Rausch	Stadtrat	(ab 18:35 Uhr)
Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat	
Frau Karin Bouffier-Pfeffer	Stadträtin	(bis 00:35 Uhr)
Herr Prof. Dr. Heinrich Brinkmann	Stadtrat	
Herr Egon Fritz	Stadtrat	
Frau Monika Graulich	Stadtrat	
Herr Dr. Bernhard Höpfner	Stadtrat	
Herr Dr. Reinhard Kaufmann	Stadtrat	
Frau Susanne Koltermann	Stadtrat	
Herr Kenneth Pukownick	Stadtrat	
Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat	(bis 00:45 Uhr)
Herr Dieter Scholz	Stadtrat	

Von der Verwaltung:

Herr Hartmut Heidl	Dezernat I	(bis 24:00 Uhr)
Herr Christoph Zörb	Dezernat I	(bis 23:55 Uhr)
Herr Dietrich Metz	Leiter Rechtsamt	
Herr Thomas Gernandt	Stellv. Leiter Kämmerei	(bis 20:15 Uhr)
Herr Matthias Bender	Kämmerei	(bis 20:15 Uhr)

Vom Ausländerbeirat

Herr Abdul-Hakim Dayeh	Vorsitzender	(bis 21:15 Uhr)
Herrn Edin Muharemovic	Stellv. Vorsitzender	(bis 20:05 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth	Büroleiter, Schriftführer
Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Karin Losert	CDU-Fraktion
Herr Dieter Geißler	SPD-Fraktion

Stadtverordnetenvorsteher Gail eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, bittet die nachfolgenden Tagesordnungspunkte

- Aufstellung der Bebauungsplanung „Seltersberg“ im Bereich des Klinikums;
hier: Entwicklung zur Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GI 04/22 „Seltersberg II“ (Vorhaben- und Erschließungsplan „Universitätsklinikum“)
- Antrag des Magistrats vom 02.01.2007 - STV/0704/2006,

- Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GI 01/23 „St. Josefs Krankenhaus“;
hier:- Entwurfsbeschluss,
- Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 15.01.2007 - STV/0711/2007

- Verkehrsführung im Südviertel
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.12.2006 - STV/0665/2006

- Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 - STV/0725/2006

im Teil B der Sitzung zu behandeln.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, bittet, den Tagesordnungspunkt 8 - Bekanntgabe des Genehmigungserlasses der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2005 der Universitätsstadt Gießen, Antrag des Magistrats vom 18.12.2006, STV/0659/2006 - ebenfalls in Teil B zu behandeln.

Stadterordnetenvorsteher Gail schlägt vor, die Vorlagen STV/0704/2007, STV/0711/2006 und STV/0659/2007 als „neue“ Tagesordnungspunkte 17., 18. und 19. zu behandeln. Weiter schlägt er vor, die Vorlagen STV/0665/2006 und STV/0725/2007 als „neue“ Tagesordnungspunkte 22. und 23 zu behandeln.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, beantragt, die nachstehenden Tagesordnungspunkte 27., 27.1 und 27.5

- HFWR-Ausschuss und Bürgerschaft für Gießen 46ers
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 16.01.2007 - STV/0738/2007

- Antrag der GISPO GmbH (46ers) an den Magistrat
- Antrag der BLG-Fraktion vom 09.01.2007 - STV/0716/2007

- Ausfallbürgschaft

- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 05.01.2007 - STV/0730/2007

in öffentlicher Sitzung zu beraten. Weiter beantragt er, TOP 27.5 (STV/0730/2007) namentlich abzustimmen. Sollte seinem Antrag auf Beratung in öffentlicher Sitzung nicht stattgegeben werden, beantragt er, dass dann die namentliche Abstimmung in „öffentlicher“ Sitzung stattfindet, auch wenn der Antrag vorher in nicht öffentlicher Sitzung beraten wurde. Er führt aus, dass die bereits in der HFWR-Sitzung vorgebrachten Gründe der Koalition nicht ausreichend für eine Behandlung der vorgenannten Anträge in nicht öffentlicher Sitzung seien. Es sei keine, auf den Antragsinhalt bezogene inhaltliche Begründung gegeben worden.

Stv. Möller, CDU-Fraktion, spricht formal gegen den Antrag des Stv. Janitzki.

Aufgrund dessen, dass Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, seinen Antrag inhaltlich begründen möchte, schließt **Stadtverordnetenvorsteher Gail** die öffentliche Sitzung und bittet die Zuschauer/innen, den Sitzungssaal zu verlassen.

Beginn der **nicht öffentlichen Sitzung** um 18:11 Uhr.

Die **öffentliche Sitzung** wird um 18:35 Uhr fortgesetzt.

Stadtverordnetenvorsteher Gail informiert die Zuschauer, dass die Anträge des Stv. Janitzkis auf öffentliche Beratung der Tagesordnungspunkte 27., 27.1 und 27.5 mehrheitlich abgelehnt worden seien.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung angezeigt werden, stellt Vorsitzender fest, dass die Tagesordnung somit in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde
2. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 - STV/0717/2007
3. Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 - STV/0718/2007

Teil A:

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 4. | Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Nr. GI 03/10 "Altenwohnanlage Eichendorffring";
hier: Entwurfsbeschluss
Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 19.12.2006 - | STV/0662/2006 |
| 5. | Professionelles Regionalmanagement und effektive
Wirtschaftsförderung durch Gründung einer gemeinsamen
Wirtschaftsförderung mit dem Kreis Gießen
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0627/2006 |
| 6. | Verlagerung der Georg-Büchner-Schule in das Haus C 1
der ehemaligen Landgraf-Ludwig-Schule
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2006 - | STV/0661/2006 |
| 7. | 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung
von Schulbezirken für die Grundschulen im Bereich der
Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.01.2007 - | STV/0660/2006 |
| 8. | Berichtsantrag zur Bergkaserne
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0628/2006 |
| 9. | Anpflanzungen auf Mittelstreifen
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 21.12.2006 - | STV/0701/2006 |
| 10. | Sprach- und Integrationsangebote für Migrantinnen und
Migranten
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 10.01.2007 - | STV/0726/2007 |
| 11. | Internetinformationsangebot
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen
vom 10.01.2007 - | STV/0727/2007 |
| 12. | Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit
automatischen externen Defibrillatoren
- Antrag der Fraktionen CDU/GR/FDP vom 15.01.2007 - | STV/0728/2007 |

13. Barrierefreier Zugang zum Stadttheater Gießen STV/0733/2007
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2007 -

Teil B:

14. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007
- 14.1. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "Medizintechnikzentrum" STV/0720/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -
- 14.2. Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme" STV/0724/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -
- 14.3. "2. Lesung"

Magistratsänderungslisten, Änderungsanträge der Fraktionen und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte
- 14.4. "3. Lesung" STV/0449/2006

Haushaltssatzung 2007
15. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2006 STV/0698/2006
- Antrag des Magistrats vom 21.12.2006 -
16. Gründung einer Stadtmarketing GmbH "Gießen GmbH" STV/0574/2006
- Antrag des Oberbürgermeisters vom 27.11.2006 -
17. Aufstellung der Bebauungsplanung "Seltersberg" im Bereich des Klinikums; STV/0704/2007
hier: Entwurfsbeschluss zur Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GI 04/22 "Seltersberg II" (Vorhaben- und Erschließungsplan "Universitätsklinikum")
- Antrag des Magistrates vom 02.01.2007 -

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 18. | Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans GI 01/23 "St. Josefs Krankenhaus";
hier: - Entwurfsbeschluss
- Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 15.01.2007- | STV/0711/2007 |
| 19. | Bekanntgabe des Genehmigungserlasses der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2005 der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2006 - | STV/0659/2006 |
| 20. | Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 - | STV/0502/2006 |
| 21. | Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 - | STV/0626/2006 |
| 22. | Verkehrsführung im Südviertel
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.12.2006 - | STV/0665/2006 |
| 23. | Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 - | STV/0725/2007 |
| 24. | Vergabepaxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 15.01.2007 - | STV/0731/2007 |
| 25. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Fragestunde

- **Stv. Schmidt, SPD-Fraktion:**

Für Rollstuhlfahrer, die die Unterführung zwischen Landgericht und Innenstadt durchqueren möchten, stellt sich zunächst das Problem, dass die viel zu steile Abfahrt eine besondere Unfallgefahrenquelle darstellt. Wenn auf der

gegenüberliegenden Seite Rollstuhlfahrer wieder hochfahren möchten, ist hierfür eine große körperliche Anstrengung nötig, um die Steigung selbständig bewältigen zu können (siehe hierzu auch den Bericht im Gießener Anzeiger vom 02.12.06, Seite 14). **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** „Welche Abhilfemaßnahmenmöglichkeiten sieht der Magistrat, um Rollstuhlfahrern zukünftig eine verkehrssichere und praktikable Nutzung der Unterführung zwischen Landgericht und Innenstadt zu ermöglichen?“

Antwort Stadtrat Rausch:

„Das Bauwerk wurde 1964/65 erbaut. Damals wurden keine Baumaßnahmen für Behinderte geplant. Nach den veränderten Vorschriften von 1974, DIN 18024, waren bei baulichen Maßnahmen für Behinderte und alte Menschen im öffentlichen Bereich Planungsgrundlagen für Straßen, Plätze und Wege, Rampen mit 8 % vorgesehen. Diese Vorschrift wurde 1998 dergestalt verändert bzw. ersetzt, dass die "Anforderungen an feste Rampen für Rollstuhlbenutzer - DIN 18024 - die vorgesehenen Rampen 6 % auf 6 m Länge mit Zwischenpodest $b = 1,50$ m betragen sollen". Diese Vorschrift gilt auch heute noch.

Konkret bedeutet dies, dass die Anforderungen für diese feste Rampen im Verlauf von Wegen heute barrierefrei für Rollstuhlbenutzer eine maximale Längsneigung von 6 % mit Zwischenpodesten (mind. 1,5 m Länge) nach höchsten 6,00 m Rampenlänge vorsehen muss.

Die Längsneigung der vorhandenen Rampe an der Unterführung Ostanlage beträgt 11,90 % auf eine Länge von 22,90 m.

Um die vorhandene Rahme barrierefrei für den Rollstuhlfahrer umzubauen, ist eine Rampenlänge von 58,00 m notwendig, also ca. 2,53 Mal länger als die bestehende Rampe.

Der Umbau der bestehenden Rampe, barrierefrei für Rollstuhlfahrer, ist aus Platzmangel praktisch nicht realisierbar.“

• **Stv. Bietz, SPD-Fraktion:**

In der Parlamentssitzung am 21.09.2006 hat das Parlament den Oberbürgermeister aufgefordert, sich beim Hessischen Innenminister dafür einzusetzen, dass bis zum Zustandekommen einer Bleiberechtsregelung keine Personen abgeschoben werden, die den Kriterien entsprechen, die der Innenminister als Vorschlag für eine Bleiberechtsregelung benannt hat. **Ich frage den Magistrat:** „Sind seit November 2006 Personen, die den Kriterien für ein Bleiberecht entsprechen, in Gießen abgeschoben worden?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Seit November 2006 hat die Ausländerbehörde der Stadt Gießen keine Ausländer zurückgeführt, die die Kriterien für den Bleiberechtserlass vom 17.11.2006 erfüllten.“

1. Zusatzfrage: „Wurden seit November 2006 von der Ausländerbehörde Arbeitserlaubnisse für diesen Personenkreis als Voraussetzung für die Erteilung des Bleiberechts erteilt?“

Antwort Stadtrat Rausch: „Also, Arbeitserlaubnisse werden von der Ausländerbehörde aufgrund dieser Regelung nicht erteilt. Das ist ein Missverständnis. Sie meinen wahrscheinlich: Wie viele Anträge wurden positiv oder negativ entschieden. Vor diesem Hintergrund kann ich Ihnen mitteilen: Seit diesem Zeitpunkt sind 25 Anträge nach dem o. g. Erlass gestellt worden. Hiervon sind 5 positiv entschieden, das heißt, dass jeweils ein Zugang zum Arbeitsmarkt genehmigt werden konnte. Die restlichen 20 Anträge sind aus verschiedenen Gründen noch nicht abschließend bearbeitet. Insgesamt wird mit ca. 45 Anträgen gerechnet.“

Und jetzt sage ich Ihnen ganz frisch, weil ich gerade aus Wiesbaden komme und deswegen habe ich das jetzt am Anfang korrigiert. Mit der ausländerrechtlichen Regelung nach dem Bleiberechtserlass hat die Arbeitsbehörde nichts mehr zu regeln. Und damit ist die Arbeitsbehörde außen vor, es gilt nämlich dann diese Bleiberechtsregelung in der Form, wie sie dann entschieden worden ist und damit kann derjenige auch entsprechend auf Arbeitssuche gehen.“

Zusatzfrage des Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen: Nicht verständlich.

Antwort Stadtrat Rausch: „Also, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, das geht immer im schriftlichen Verfahren, natürlich gibt es schriftliche Bescheide. Und, entsprechende Papiere, also ich meine, das ist automatisch. Ich weiß nicht, was Sie meinen, aber der bekommt natürlich ein Dokument der Ausländerbehörde oder mit Stempeln und allem, was dazu gehört, damit er sein Aufenthaltsrecht auch belegen kann.“

- **Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion:**

Laut Zeitungsbericht hatte Herr Dr. Kölb den Bürgerschaftsantrag der Gießener 46ers schon am 24.11.2006 auf den Tisch bekommen. Der Umfang der gewünschten Ausfallbürgschaft in diesem Schreiben betrug nach Information von Herrn Dr. Kölb 200.000 Euro. **Vor diesem Hintergrund frage ich den Magistrat:** „Wer war der Adressat des Schreibens?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Das Schreiben von der GISPO Sportmarketing Gesellschaft Gießen GmbH, Gießener Straße 104, 35415 Pohlheim, war gerichtet an Herrn Stadtrat Dr. Volker Kölb, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.“

1. Zusatzfrage: „Welcher von den Dezernenten hatte am 15.12.06 die Koalitionsrunde über die gewünschte Bürgschaft und über ihren Umfang informiert?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Was in der Koalitionsrunde besprochen wird, ist Sache der Koalitionsrunde und nur für diesen Kreis bestimmt. Falls Sie ein erhöhtes Interesse daran haben, was in Koalitionsrunden besprochen wird, müssen Sie bei den Fraktionsvorsitzenden der Koalition um einen Zuhörplatz bitten. Trotzdem, um allen falschen Anschuldigungen zu begegnen, werde ich, in Absprache mit den Fraktionsführern der Koalition ausnahmsweise die Frage beantworten. Keiner der Dezernenten hatte am 15.12.2006 die Koalitionsrunde über die gewünschte Bürgschaft und deren Umfang informiert. Mein Schreiben vom 07.12.2006 an die GISPO GmbH, in der ich die Übernahme einer Ausfallbürgschaft abgelehnt hatte, war den Fraktionsführern der Koalition bekannt. Von welcher Seite sie davon informiert wurden, entzieht sich meiner Kenntnis.“

2. Zusatzfrage: „Als in der Stadtverordnetenversammlung am 21.12.06 (laut Presse) über eine Bürgschaft in Höhe von nur 100.000 Euro an die 46ers diskutiert wurde, warum haben der Kämmerer und die übrigen Dezernenten geschwiegen und nicht den Betrag richtig gestellt?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Die Stadtverordnetenversammlung hat die Bürgschaft auf der Grundlage eines Antrags aus ihrer Mitte erörtert. Dass die GISPO GmbH beim Magistrat eine Ausfallbürgschaft über 200.000 € beantragt hatte, war den antragstellenden Fraktionen bekannt. Welche Vorstellungen der GISPO GmbH dem Antrag aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung zugrundegelegen haben, ist dem Magistrat nicht bekannt. Also bestand auch keine Möglichkeit einer Richtigstellung.“

3. Zusatzfrage der Fraktion: „Wie begründet der Magistrat rechtlich die Tatsache, dass die Koalitionsrunde über den Bürgschaftsantrag informiert wurde, bevor der Magistrat davon erfuhr?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Beantwortung ergibt sich aufgrund der Beantwortung der 1. Zusatzfrage.“

Zusatzfrage des Stv. Merz, SPD-Fraktion: „Herr Dr. Kölb, sehen Sie nicht einen gewissen Widerspruch in der Tatsache, dass Sie jetzt hier sehr ausführlich auf die Fragen des Kollegen Janitzki geantwortet haben, vorhin aber die Stadtverordnetenversammlung einen Berichtsantrag, der sich mit ähnlichen Fragen beschäftigt sich geweigert hat, den im öffentlichen Teil zu verhandeln.“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: „Das ist ein Unterschied, ob hier eine Fragerunde veranstaltet wird, oder ob Anträge gestellt werden, Herr Kollege Merz.“

- **Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen:**

Vor dem Hintergrund der Vergabe einer Ausfallbürgschaft an die GISPO GmbH, Gießen 46ers, stelle ich an den Magistrat folgende Fragen: „Kennt der Magistrat die Höhe des derzeitigen Verschuldungsstandes der GISPO GmbH

und hat er die entsprechenden Bilanzen vor Vergabe einer Ausfallbürgschaft eingesehen?“

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: *„Nein, der Magistrat hat durch den Kämmerer aus grundsätzlichen Erwägungen eine Ausfallbürgschaft abgelehnt und hatte aus diesem Grund keinen zusätzlichen Informationsbedarf.“*

1. Zusatzfrage: *„Hat sich der Magistrat ausreichend über das Risiko einer Ausfallbürgschaft informiert und wurden Sicherheiten von Seiten der GISPO GmbH (z. B. Sachsicherheiten) im Falle einer Zusage verlangt?“*

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: *„Siehe oben, wir hatten keinen entsprechenden Informationsbedarf.“*

2. Zusatzfrage: *„Hat der Magistrat die schriftliche Zusicherung der GISPO GmbH, dass größere Einnahmen durch Sponsorengelder vor Saisonende verbucht werden können und keine weiteren Ausfallbürgschaftsforderungen entstehen?“*

Antwort Stadtrat Dr. Kölb: *„Nein.“*

- **Stv. Beltz, Die Linke.Fraktion:**

„Gibt es Anzeichen dafür, dass in der Disco Alpenmax nach wie vor ausländisch aussehende Menschen (nach Urteil der Türsteher) abgewiesen werden? Uns sind mehrere entsprechende Fälle, darunter ein türkischer Schüler, geschildert worden.“

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Der Verwaltung, insbesondere dem Amt für öffentliche Ordnung, sind keine Vorfälle vorgetragen worden.“*

1. Zusatzfrage: *„Liegen Einschätzungen der Bauaufsicht, der Feuerwehr und auch der Gewerbeaufsicht betr. der Sicherheit des Notausganges vor? Wenn ja, zu welchen Ergebnissen sind die genannten Institutionen gekommen?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Nach Einschätzung der Feuerwehr sind die Notausgänge bei genehmigungskonformer Nutzung als sicher anzusehen.“*

Die Diskothek Alpenmax ist eine Versammlungsstätte und wird gemäß Versammlungsstättenrichtlinie (VStättRL) beurteilt. Sie verfügt entsprechend dieser Richtlinie über zwei bauliche Rettungswege. Der erste Rettungsweg führt über den notwendigen Treppenraum ins Freie, der zweite Rettungsweg führt über eine eigens für diesen Zweck errichtete Außentreppe. Beide Rettungswege verfügen über eine lichte Breite von 2,26 m. Nach der VStättRL berechnet sich die maximal zulässige Besucherzahl aus der Breite der verfügbaren Rettungswege. Die maximale Besucherzahl beträgt in diesem Fall 600 Personen. Diese Zahl ist sowohl im Brandschutzgutachten, als auch im Bauschein als oberste Grenze festgeschrieben.“

2. Zusatzfrage: „Hat der Kreisbrandinspektor in den letzten Monaten bereits ein Zwangsgeld angedroht, im Falle dass die erforderlichen Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten bzw. durch Baumaßnahmen eingeleitet werden? Welche Konsequenzen sind bei Nichteinhaltung entsprechender Auflagen die Folge?“

Erklärung zu den geäußerten Befürchtungen: Wenn 500 bis 1000 Leute die 2,50 m breite Gittertreppe herunterkommen, besteht schon Unfallgefahr. Im Falle einer Panik würde die 3 mal 3 Meter breite gepflasterte Fläche mit den sie umgebenden Gestrüpp eine weitere Flucht hemmen. Es folgt der 90 cm breite Fußweg zum Gehweg. Durch diese Enge würden im Laufe größeren Gedränges Menschen auf die Fahrbahn und damit vor fahrende Autos getrieben.

Antwort Oberbürgermeister Haumann: „Da die Universitätsstadt Gießen eine Sonderstatusstadt ist und somit direkt der Aufsicht des Regierungspräsidenten untersteht, liegt eine Zuständigkeit des Kreisbrandinspektors nicht vor. Die Zuständigkeit liegt beim Leiter des Amtes für Brandschutz. Im Rahmen der Zuständigkeit nach der Verordnung über die Organisation und Durchführung der Gefahrenverhütungsschau (GVSV) vom 25. April 2005 wurde im Jahr 2001 eine Gefahrenverhütungsschau durch einen Mitarbeiter des Amtes für Brandschutz durchgeführt. Hierbei wurden folgende Mängel festgestellt:

1. Brandschutztüren entsprachen nicht der Zulassung
2. In der Lüftungszentrale waren brennbare Gegenstände gelagert.
3. In den Rettungswegen befanden sich teilweise Hindernisse und Brandlasten.
4. Ausschmückungen im Gastraum waren teilweise brennbar.

Mit Verfügung vom 17. Januar 2001 wurde die Betreibergesellschaft aufgefordert, die festgestellten Mängel bis spätestens 31. März 2001 zu beheben. Andernfalls wurde ein Zwangsgeld angedroht. Diese Vorgehensweise ist bei derartigen Verfügungen üblich. Im Rahmen einer Nachkontrolle wurde festgestellt, dass sämtliche Mängel behoben worden waren.

Eine Nichteinhaltung der angeordneten Maßnahmen kann in letzter Konsequenz zu einer Nutzungsuntersagung führen. Sie wird in der Regel in Absprache mit den anderen beteiligten städtischen Ämtern ausgesprochen.“

3. Zusatzfrage der Fraktion (Stv. Janitzki): „Nach einer vom Magistrat gegebenen Antwort sollen alle Gießener Diskothekenbetreiber sowie diejenigen, die regelmäßig Diskoabende veranstalten, zu einem runden Tisch eingeladen werden, um einerseits deren offensichtlich äußerst unterschiedliche Kriterien und Richtlinien des Einlasses zu erfahren und andererseits deutlich zu machen, dass eine Universitätsstadt wie Gießen Wert auf eine Weltoffenheit und Toleranz legt und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hat dieser runde Tisch schon stattgefunden oder wann wird er stattfinden.“

Antwort Oberbürgermeister Haumann: „Der zuständige Dezernent, Herr Stadtrat Thomas Rausch, geht davon aus, dass der Runde Tisch stattgefunden hat. Eine detaillierte Antwort erfolgt noch schriftlich.“

• **Stv. Sauer, Die Linke.Fraktion:**

Das Gießener Bündnis gegen Studiengebühren (hier: DGB-Bezirk) hat im Rahmen der politischen Kampagne für eine *Verfassungsklage gegen Studiengebühren* bei der Stadt die Genehmigung zur Plakatierung von entsprechenden Kampagnen-Plakaten im Stadtgebiet der Universitätsstadt Gießen beantragt. Mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass keine „politischen Plakate“ aufgehängt werden dürften, wurde das Ansinnen telefonisch abgelehnt. **Vor diesem Hintergrund frage ich:** „Wer entscheidet, vor dem Hintergrund welcher detaillierten Kriterien, ob ein Plakat, das der Stadt Gießen oder einer von der Stadt Gießen mit der Plakatwerbung beauftragten Firma zur Genehmigung vorgelegt wird, „politischer“ Natur ist und deswegen nicht plakatiert werden darf? (Nennen Sie den genauen Wortlaut der rechtlichen Regelung zwischen Stadt und dpw od. hpi.)“

Antwort Oberbürgermeister Haumann:

„Die Entscheidung trifft ausschließlich die Fa. Deutsche Plakat-Werbung GmbH & Co. Grundlage dafür sind folgende Regelungen des Werbenutzungsvertrags zwischen der Stadt und der Deutsche Plakat-Werbung GmbH & Co.:

„§ 8. Annahme und Ausführung von Werbeaufträgen.

(1) Das Unternehmen entscheidet über die Annahme von Werbeaufträgen nach pflichtgemäßem Ermessen.

(2) Das Unternehmen kann insbesondere solche Aufträge zurückweisen, deren Inhalt gegen eine behördliche Anordnung, gegen ein Gesetz oder gegen die guten Sitten verstößt oder deren Ausführung für das Unternehmen unzumutbar wäre. Als Verstoß gegen die guten Sitten ist insbesondere eine der Menschenwürde abträgliche Darstellung von Personen zu sehen.

(3) Die Anschläge sind in kürzester Frist in der Reihenfolge des Eingangs der Aufträge auszuführen. Kurzzeitwerbeträger (§ 2 Abs. 5) werden mit einem Aufkleber des Unternehmens markiert.

.../

„§ 2. Werbeanlagen – Anzahl, Standorte, Arten.

...

(5) Aus besonderem Anlass kann das Unternehmen auf den in der Anlage zu dem Vertrag gekennzeichneten Plätzen mit Zustimmung der Stadt die Zahl der Werbeträger vorübergehend durch Spruchbänder oder Kleinflächen (Kurzzeitwerbeträger) erhöhen. Kurzzeitwerbeträger werden ausschließlich für die Veranstaltungswerbung genutzt.

.../

„Vereinbarung über die Schaffung und Nutzung zusätzlicher Kurzzeitwerbeflächen ... als Anlage zum Werbenutzungsvertrag.

Gem. § 2 Abs. 5 des Vertrags zwischen der Stadt Gießen und dem HPI wird zum Verfahren der Plakatierung an Kurzzeitplätzen folgendes vereinbart:

...

Kurzzeitwerbeträger werden ausschließlich für Veranstaltungen genutzt. Andere Werbung für Produkte, Dienstleistungen usw. wird nicht genehmigt. Im übrigen gilt § 8 Abs. 2 des Vertrages.

...

Daraus folgt, dass niemand überprüft, ob ein Plakat „politischer“ Natur ist. Überprüft werden allein die Kriterien des § 8 Abs. 1 – 3 des Werbenutzungsvertrags und bei Kurzzeitwerbung zusätzlich die Frage, ob Veranstaltungswerbung vorliegt.“

1. Zusatzfrage: *„Welche Plakate wurden von der Stadt bzw. einer von der Stadt diesbezüglich beauftragten Firma in den Jahren 2006 und 2007 zur Plakatierung im Stadtgebiet der Universitätsstadt Gießen, im Rahmen der entsprechenden Satzung/ rechtlichen Regelung genehmigt, welche Plakate wurden explizit aus welchem Grund nicht genehmigt?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Im Jahr 2006 wurden auf den Kurzzeitwerbeplätzen rund 90 Veranstaltungen mit ca. 2.500 Plakatträgern beworben. 2007 sind es bis einschließlich Februar 8 Veranstaltungen mit 270 Plakaten. Abgelehnt wurde im Jahr 2006 Werbung für Möbelhäuser auf Kurzzeitwerbeplätzen, die keine Veranstaltungswerbung war.“*

2. Zusatzfrage (Stv. Janitzki): *„Sie haben eben sehr ausführlich vorgelesen § 8 Absatz 2, wann es widerstösst und das möchte ich noch mal zitieren: ‚Wenn es gegen eine Anordnung, gegen ein Gesetz oder gegen die guten Sitten verstößt oder Ausführung für das Unternehmen unzumutbar wäre. Als Verstoß gegen die guten Sitten insbesondere eine der Menschenwürde abträgliche Darstellung von Personen anzusehen.‘ Sehen Sie in den Plakaten, in den aufgerufen wird, zu unterschreiben, ob die Studiengebühren Verfassungsgemäß sind, sehen Sie da einen Verstoß gegen § 8 (1),(2) oder (3)?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Wir reden hier nur über Veranstaltungen, deswegen klar: Nein.“*

Zusatzfrage der Stv. Grabe-Bolz (SPD-Fraktion): *„Gehe ich jetzt, nachdem was Sie gesagt haben, Herr Oberbürgermeister Haumann, Recht in der Annahme, dass, wenn der ASTA und/oder der Stadtschülerrat eine Veranstaltung zum Thema Studiengebühren organisieren, Sie dann diese Kurzzeit- oder überhaupt diese Plakatflächen nutzen könnten?“*

Antwort Oberbürgermeister Haumann: *„Ich will der Kreativität der Antragsteller keine Schranken einziehen, aber wenn man es so formuliert, wie Sie sagen, hätten wir mit Sicherheit nicht ‚Nein‘ sagen können.“*

2. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 -** **STV/0717/2007**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Herr Thomas Rausch.

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Lahn-Ohm wird gewählt:

Frau Gerda Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel)

3. **Wahl eines/r Vertreters/in und eines/r Stellvertreters/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen für die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach - Antrag des Magistrats vom 09.01.2007 -** **STV/0718/2007**
-

Antrag:

1. Als Vertreter/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Herr Gerhard Greilich.

2. Als Stellvertreter/in des/der Vertreters/in der Universitätsstadt Gießen in der Verbandsversammlung des Wasserverbandes Kleebach wird gewählt:

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel)

Teil A:

- 4. Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. GI 03/10 "Altenwohnanlage Eichendorffring"; hier: Entwurfsbeschluss Durchführung der Offenlegung - Antrag des Magistrats vom 19.12.2006 -** **STV/0662/2006**
-

Antrag:

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. GI 03/10 „Altenwohnanlage Eichendorffring“ wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung mit integriertem Umweltbericht beschlossen.
2. Als eigenständiger in den Bebauungsplanentwurf integrierter Satzungsentwurf wird das Kapitel B (Bauordnungsrechtliche Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung) der textlichen Festsetzungen beschlossen.
3. Auf der Grundlage der Beschlüsse zu den Nummern 1-2 ist die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

- 5. Professionelles Regionalmanagement und effektive Wirtschaftsförderung durch Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung mit dem Kreis Gießen - Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 -** **STV/0627/2006**
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, Verhandlungen mit dem Kreis Gießen über die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderung aufzunehmen. Diese soll als Folgeschritt zu der bereits von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gründung einer Gießen GmbH erfolgen.

Im Haushalt 2007 sind entsprechende Planungsmittel und Stammkapital für die Gründung einzustellen, um eine Realisierung noch im Jahr 2007, spätestens aber 2008 zu ermöglichen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail merkt an, dass die antragstellende Fraktion die Vorlage - aufgrund einer Anregung der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP - **wie folgt geändert habe:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat soll mit dem Landkreis Gießen Gespräche über eine gemeinsame Wirtschaftsförderung aufnehmen und anschließend der Stadtverordnetenversammlung berichten.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache geändert einstimmig beschlossen
(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW/Stv. Koch-Michel; StE: Linke).

6. **Verlagerung der Georg-Büchner-Schule in das Haus C 1** **STV/0661/2006**
der ehemaligen Landgraf-Ludwig-Schule
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2006 -
-

Antrag:

Der Verlagerung der Georg-Büchner-Schule vom Standort Schillerstraße 8, 35390 Gießen zum Standort Egerländer Straße 5, 35396 Gießen (ehemalige Landgraf-Ludwig-Schule, Haus C 1, Haupt- und Realschulzweig) wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

7. **2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Bildung** **STV/0660/2006**
von Schulbezirken für die Grundschulen im Bereich der
Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.01.2007 -
-

Antrag:

Der beigefügte Entwurf einer Satzungsänderung über die Bildung von Schulbezirken für die Grundschulen im Bereich der Universitätsstadt Gießen wird als Satzung beschlossen.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

8. **Berichtsantrag zur Bergkaserne** **STV/0628/2006**
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 -
-

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, umfassend über den derzeitigen Sachstand und den voraussichtlichen weiteren Ablauf über die zukünftige Nutzung und Vermarktung der Bergkaserne zu berichten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

9. **Anpflanzungen auf Mittelstreifen** **STV/0701/2006**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, im Zuge jahreszeitbedingter Ersatz- und Neuanpflanzungen verstärkt bislang nicht bepflanzte Mittelstreifen durch geeignete Baumreihen zu bepflanzen.

Hierbei soll das Hauptaugenmerk auf die Mittelstreifen des Anlagenrings, der unteren Marburger Straße, der oberen Frankfurter Straße und die Robert-Sommer-Straße gelegt werden, um in diesem ersten Schritt innerörtliche Hauptverkehrsstraßen aufzuwerten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

10. **Sprach- und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten** **STV/0726/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.01.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, die derzeitigen Sprach- und Integrationsangebote für Migrantinnen und Migranten (einschließlich derer des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge) zu überprüfen, ob sie den verschiedenen Zugängen und Lebenserfahrungen der Betroffenen gerecht werden und ob die Angebote für bestimmte Personengruppen (z.B. Analphabeten) ergänzt und verändert werden sollten. In die Bewertung und Sichtung der Angebote sollen die Integrationsbeauftragte und der Ausländerbeirat eingebunden werden. Ebenso ist zu berücksichtigen, inwieweit die Angebote stärker mit der städtischen Gemeinwesenarbeit verknüpft bzw. ergänzt werden müssten.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

11. **Internetinformationsangebot** **STV/0727/2007**
- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen vom 10.01.2007 -
-

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, wie und zu welchen Kosten ein umfassenderes und barrierefreies Internet-Informationsangebot für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

12. Ausstattung der Universitätsstadt Gießen mit automatischen externen Defibrillatoren **STV/0728/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU/GR/FDP vom 15.01.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass:

1. das neue Rathaus sowie ggf. weitere Liegenschaften und Fahrzeuge z. B. der Feuerwehren ,soweit dies aufgrund der Mitarbeiter- und Besucherzahl sinnvoll ist, mit AED auszustatten und entsprechende Mitarbeiterschulungen durchzuführen,
2. für die Finanzierung der Geräte Sponsoren wie z. B. die Björn – Steiger – Stiftung zu gewinnen und für Zuschüsse zur Anschaffung 10.000 Euro im Haushalt 2008 einzustellen,
3. für die notwendigen Schulungen in den Haushalt 2008 2.000 Euro einzustellen ,
4. große Firmen und Betreiber publikumsintensiver Einrichtungen wie z. B. Einkaufszentren, SWG, Deutsche Bahn, Banken und Sparkassen, Fachhochschule und Universität , Arztpraxen, Krankenhäuser und Kliniken etc. anzusprechen und um die Aufstellung von AED und entsprechende Schulung ihrer Mitarbeiter zu bitten. Teilnehmende Institutionen sollen auf der Internetpräsentation der Universitätsstadt Gießen, mit ihren Standorten, aufgenommen werden.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

13. Barrierefreier Zugang zum Stadttheater Gießen **STV/0733/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wann und mit welchem Ergebnis wurde mit der Denkmalschutzbehörde über die Anbringung eines Außenaufzuges am Stadttheater gesprochen?
2. Welche Kosten würden- falls dies möglich ist- für diese Maßnahme entstehen?
3. Wurde die Möglichkeit der Installation eines Treppenliftes zur ersten Etage geprüft und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
4. Welche Möglichkeit besteht zur Einrichtung einer Behindertentoilette mit separatem Zugang?

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

14. Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007

- 14.1. **Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "Medizintechnikzentrum"** STV/0720/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „Medizintechnikzentrum“ einzustellen und diese mit einer VE von 300.000 EUR zu versehen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die Vorlage von den antragstellenden Fraktionen in der HFWR-Sitzung am 29.01.2007 **wie folgt geändert wurde:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 **im Vermögenshaushalt** eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „Medizintechnikzentrum“ **in Höhe von 10.000,- € einzustellen** und diese mit einer VE von 300.000,- € zu versehen.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache mehrheitlich beschlossen

(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE; StE: Stv. Koch-Michel)

- 14.2. **Einstellung einer neuen Haushaltsstelle mit der Bezeichnung "besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme"** STV/0724/2007
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ einzustellen und diese mit einer VE von 700.000 EUR zu versehen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail weist darauf hin, dass die Vorlage von den antragstellenden Fraktionen in der HFWR-Sitzung am 29.01.2007 **wie folgt geändert wurde:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplan 2007 **im Vermögenshaushalt** eine neue Haushaltsstelle mit der Bezeichnung „besondere städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ **in Höhe von 10.000,- € einzustellen** und diese mit einer VE von 700.000,- € zu versehen.

Beratungsergebnis:

Ohne Aussprache mehrheitlich beschlossen

(Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/Stv. Koch-Michel)

14.3. "2. Lesung"

Magistratsänderungslisten, Änderungsanträge der Fraktionen und des Jugendhilfeausschusses sowie Anregungen der Ortsbeiräte

Zur 2. Lesung sprechen die Fraktionssprecher Stv. Janitzki für die Die Linke.Fraktion, Stv. Loheide für die SPD-Fraktion und Stv. Dr. Greilich für die Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Des Weiteren spricht Herr Dayeh, Vorsitzender des Ausländerbeirates, zur 2. Lesung.

Die FW-Fraktion und Frau Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, erklären, dass sie auf ihr Rederecht in der 2. Lesung verzichten und dafür die Gesamtrededzeit von 20 Minuten für die 3. Lesung verwenden werden.

Änderungsanträge zum Haushaltsplan der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007	Änderungen/Anmerkungen:
Verwaltungshaushalt	
STV/0485/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 1 zum Haushalt 2007 - VWH - - Antrag des Magistrats vom 08.10.2006 -	Stv. Koch-Michel , Bürgerliste Gießen, und Stv. Janitzki , Die Linke.Fraktion, bitten, die nachstehenden Haushaltsstellen gesondert abzustimmen: <ul style="list-style-type: none">• Hhst.: 1.0510.654000 - Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel).• Hhst.: 1.2400.672000 - Einstimmig beschlossen.• Hhst.: 1.2810.672000- Einstimmig beschlossen.• Hhst.: 1.4552.760000 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)• Hhst.: 1.4555.760000 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)• Hhst.: 1.9010.041000 - Einstimmig beschlossen.

<p>Antrag: Siehe Anlage zur Niederschrift.</p>	<p>Die Vorlage STV/0485/2006 wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0656/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 2 zum Haushalt 2007 - VWH - - Antrag des Magistrats vom 12.12.2006 -</p> <p>Antrag: Siehe Anlage zur Niederschrift.</p>	<p>Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, und Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bitten, die nachstehenden Haushaltsstellen gesondert abzustimmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hhst.: 1.0001.718100 - Einstimmig beschlossen. • Hhst.: 1.0200.652200 - Einstimmig beschlossen. • Hhst.: 1.0204.655000 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: SPD) • Hhst.: 1.0220.562000 - Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel) • Hhst.: 1.0301.410000 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE) • Hhst.: 1.2810.541000 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/Stv. Koch-Michel) • Hhst.: 1.0301.655000 Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE) Koch-Michel ? • Hhst.: 1.4542.161000, 1.4542.760200, 1.4640.161100 - Einstimmig beschlossen. • Hhst.: 1.4640.414000, 1.4640.434000, 1.4640.444000, 1.4640.448000, 1.4641.161000 - Einstimmig beschlossen. <p>Die Vorlage STV/0656/2006 wird mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und FW vom 25.01.2007 - UA 3310 „Stadttheater“, Hhst.: 715.000.5</p> <p>Antrag: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, im Haushaltsplanentwurf 2007 - Verwaltungshaushalt EP 3, UA 3310 „Stadttheater“, die Haushaltsstelle 715.0005 „Theaterzuschuss“ um EUR 30.000,- zu erhöhen.</p>	<p>Einstimmig beschlossen.</p>

<p>STV/0687/2006 Bezüge d. Beamten, Hhst.: 1.0001.410000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 85.000,- € zu vermindern. Deckungsvorschlag: Drei hauptamtliche Dezenten sind ausreichend.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0680/2006 Bezüge der Beamten - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p> <p>Antrag: Die vierte Dezentenstelle mit dem Vermerk kw (künftig wegfallend) zu versehen. Der Haushaltsansatz ist entsprechend zu streichen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/BLG)</p>
<p>STV/0697/2006 Versorgungsbezüge Beamte, Hhst.: 1.0001.430000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 63.450,- € zu vermindern. Deckungsvorschlag: Drei hauptamtliche Dezenten sind ausreichend.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0674/2006 Ausländerbeirat, Vergütung der Angestellten, Hhst.: 1.0003.414000, - - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p>	<p>Die Vorlagen STV/0674/2006, STV/0676/2006 und STV/0675/2006 werden von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.</p>
<p>STV/0676/2006 Ausländerbeirat, Versorgungskasse Beiträge für Angestellte, Hhst.: 1.0003.434000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12..2006 -</p>	
<p>STV/0675/2006 Ausländerbeirat, Sozialversicherungskasse Beiträge f. Angestellte, Hhst.: 1.0003.444000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p>	
<p>STV/0693/2006 Einsetzung einer neuen HH-Stelle „Sprachkurse für Migrantinnen“ - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -</p> <p>Antrag: Einstellung von 6.000,- € für (Vorlauf)sprachkurse von Migrantinnen im Rahmen der Gemeinwesenarbeit.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/FW/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0685/2006 Stellenplan, Nachwuchskräfte in der Ausbildung - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist bei: Auszubildende/Anwärter/innen auf 3 weitere Stellen zu erhöhen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0683/2006 Stellenplan, Hhst.: Nachwuchskräfte in der Ausbildung - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: FW)</p>

<p>19.12.2006 -</p> <p>Antrag wird von der Antragstellerin geändert:</p> <p>Die Jahrespraktikanten/-praktikantinnen für Verwaltung sind auf 3 Stellen zu erhöhen. Die Jahrespraktikanten/innen erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,- €. Die Summe von 1.800,- € ist dafür bei den Stellenplankosten einzustellen.</p>	
<p>STV/0681/2006 UA Amt für Umwelt und Natur, Hhst.: NEU Mitgliedschaft/Beitritt zum Klimabündnis - Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 19.12.2006 -</p> <p>In der Sitzung des HFWR-Ausschusses wurde der Antrag von der Antragstellerin wie folgt geändert: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- auf 500,- € neu festzusetzen.</p>	<p>Geändert einstimmig beschlossen.</p>
<p>STV/0696/2006 Gastschulbeiträge, Hhst.: 1.2 UA 2300-2810, - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist verteilt über die Schulformen um 1.200.000,- € zu erhöhen. Deckungsvorschlag: Der Magistrat ist aufgefordert, mit dem Landkreis über erhöhte Gastschulbeiträge oder den Verkauf einer Schule zu verhandeln.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0667/2006 Schulsozialarbeit, Hhst.: Neu, - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 80.000,- € neu festzusetzen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/FW/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0688/2006 Zuschuss für Gießener Meisterkonzerte, Hhst.: 1.3320.718000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 14.500,- € auf 0,- € zu verringern.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE; StE: FW/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0679/2006 Zuschüsse an Vereine und Verbände, Hhst.: 1.4390.704200 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 36.000,- € auf 39.000,- € zu erhöhen. Deckungsvorschlag: Hhst.: 1.9000.003000.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: SPD)</p>
<p>STV/0692/2006 Zuschüsse an Vereine und Verbände, Hhst.: 1.4390.704200 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Zuschuss für die Verbraucherberatung ist von 2.560,- € um 1.000,- € auf 3.560,- € zu erhöhen.</p>	<p>Einstimmig beschlossen.</p>
<p>STV/0682/2006 UA 4390 Andere soziale Einrichtungen, Hhst.: NEU Zuschuss zur Gießener Tafel</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>

<p>- Antrag der BLG-Stadtvorordneten vom 19.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 8.000,- € neu festzusetzen.</p>	
<p>STV/0664/2006 Zuschuss Jugendgruppen - städt. Richtlinien - Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 15.12.2006</p> <p>Antrag: Der Jugendhilfeausschuss beantragt, dass der Ansatz der Haushaltsstelle 1.4515.7650 00 im Einzelplan 4 Soziale Sicherung, Abschnitt 45 Jugendhilfe nach dem KJHG, Unterabschnitt 4515 Sonstige Jugendarbeit und Ferienpässe von 15.000,- € auf 20.000,- € erhöht wird.</p>	<p>Einstimmig beschlossen.</p>
<p>STV/0678/2006 Städt. Kindergärten, Arbeitnehmerentgelte, Hhst.: 1.4640.414000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 3.143.400,- € auf 3.517.400,- € zu erhöhen. Deckungsvorschlag: Haushaltsstelle 1.9000.003000.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0695/2006 Vergütung der Angestellten (Städt. Kindergärten), Hhst.: 1.4640.414000</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 560.000,- € zu erhöhen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0694/2006 Betriebskostenzuschüsse (Kindergärten sonst. Träger), Hhst.: 1.4641.718000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 16.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 560.000,- € zu erhöhen..</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>Sachliche Aufwendungen für Sport, Hhst.: 1.5510.625000 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, bei den Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 im Verwaltungshaushalt unter Einzelplan 5, Unterabschnitt 5510 - Sportförderung, Haushaltsstelle 625000 - Sachliche Aufwendungen für Sport, zweckgebundene Mittel in Höhe von 5.000,- € zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Trainingsbetriebes für die Jugendmannschaften des TSV Rödgen einzustellen.</p>	<p>Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der FW-Fraktion übernommen.</p> <p>Einstimmig beschlossen.</p>
<p>STV/0672/2006 Betriebskosten Winterdienst, Hhst.: 1.6300.576000 - Antrag der FW-Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 139.920,- € auf 130.000,- € zu vermindern.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/LINKE/Stv. Koch-Michel; Ja: SPD/FW)</p>
<p>STV/0689/2006 Verkehrszeichen und Lichtsignalanlagen, Hhst.: 1.6650.510200</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD; StE: LINKE/FW/Stv. Koch-Michel)</p>

<p>- Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um insgesamt 35.000,- € zu vermindern.</p>	
<p>STV/0686/2006 Förderung Industrie und Gewerbe, Hhst.: 1.7910.610000 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 27.000,- € auf 47.000,- € zu erhöhen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW/Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)</p>
<p>STV/0677/2006 Gewerbsteuer, Hhst.: 1.9000.003000 - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 19.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 29.500.000,- € auf 30.100.000,- € zu erhöhen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW/Stv. Koch-Michel; Ja: LINKE)</p>
<p>Vermögenshaushalt</p>	
<p>STV/0655/2006 Magistrats-Änderungsliste Nr. 1 zum Haushalt 2007 - VMH - - Antrag des Magistrats vom 12.12.2006 -</p>	<p>Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, und Stv. Janitzki, Die Linke.Fraktion, bitten, die nachstehenden Haushaltsstellen gesondert abzustimmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hhst.: 2.1300.940200 001 - Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP/FW, StE: Stv. Koch-Michel) • Hhst.: 2.2110.935000 035, 2.2110.940500 040 - Einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP/FW, StE: Stv. Koch-Michel) • 2.2810.940320 040 - Mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/Stv. Koch-Michel) • Hhst.: 2.3601.960100 001 - Einstimmig beschlossen. • Hhst.: 2.6300.951390 051 - Einstimmig beschlossen. (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW; StE: LINKE/Stv. Koch-Michel) <p>Die Vorlage STV/0655/2006 wird mehrheitlich beschlossen (Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>Antrag: Siehe Anlage zur Niederschrift. Hochbau - allgemeiner Investitionsaufwand, Hhst.: 2.1300.949000 001 - Umbaumaßnahmen zur Realisierung eines Jugendraumes im Feuerwehrgerätehaus</p>	<p>Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der SPD-Fraktion übernommen.</p> <p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP;</p>

<p>Rödgen - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, bei den Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 im Vermögenshaushalt unter Einzelplan 1, Unterabschnitt 1300 Feuerwehren, Haushaltsstelle 949000 - Hochbau - allgemeiner Investitionsaufwand - einen Betrag von mindestens 50.000,- € für Umbaumaßnahmen zur Realisierung eines Jugendraumes im Feuerwehrgerätehaus Rödgen einzustellen.</p>	<p>Ja: SPD/LINKE/FW/Stv. Koch-Michel)</p>
<p>STV/0668/2006 Sanierung Außenfassade Goetheschule, Hhst.: 2.2110.940600 040 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 100.000,- € neu festzusetzen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/FW/Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)</p>
<p>STV/0666/2006 Brandschutz Friedrich-Ebert-Schule, Hhst.: 2.2810.940800 040 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 100.000,- € neu festzusetzen.</p>	<p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Stv. Koch-Michel; StE: LINKE/FW)</p>
<p>Kleinspielfeld am Sportplatz Rödgen, Hhst.: 2.5600.960190 060 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, bei den Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 unter Einzelplan 5, Unterabschnitt 5600 - Eigene Sportstätten, Hhst.: 949000 - Sportanlagen Hochbau - allgemeiner Investitionsaufwand - zweckgebundene Mittel in Höhe von 100.000,- € für die Einrichtung eines Kleinspielfeldes am Sportplatz Rödgen einzustellen.</p>	<p>Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der SPD-Fraktion übernommen.</p> <p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: FW)</p>
<p>STV/0669/2006 Kunstrasenplatz VfB-Sportgelände, Hhst.: 2.5600.960210 060 - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 50.000,- € neu festzusetzen.</p>	<p>Von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.</p>
<p>Gewerbefläche Lützellinden, Hhst.: 2.6100.941300 001 - Anregung des Ortsbeirates Lützellinden vom 13.12.2006 -</p> <p>Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 200.000,- € auf 0,- € und VE 160.000,- € zu vermindern.</p>	<p>Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der BLG-Stadtverordneten übernommen.</p> <p>Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP; Ja: LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: FW)</p>
<p>Sanierung von Gehwegen, Hhst.: 2.6300.952020 052 - Anregung des Ortsbeirates Kleinlinden vom 20.12.2006 -</p>	<p>Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von den Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP übernommen.</p>

	Einstimmig beschlossen.
Antrag: Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, im Haushalt 2007 € 5.000,- dafür einzustellen, dass der Fußpfad von der Brandwegbrücke zum Spielplatz Hauffstraße durch Anbringung geeigneter Stufen wieder begehbar gemacht wird.	
Beruhigungsinsel Eingang Kleinlinden/Wetzlarer Straße , Hhst.: 2.6650.952200 052 - Anregung des Ortsbeirates Kleinlinden vom 20.12.2006 -	Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der SPD-Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: FW)
Antrag: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 Planungskosten für die schon seit langem vom Ortsbeirat Kleinlinden geforderten Beruhigungsinsel/Eingangsverziehung die dafür notwendigen Mittel - hier nach Vorschlag des Ortsbeirates 30.000,- € - einzustellen.	
STV/0691/2006 Umgestaltung Berliner Platz/Ludwigsplatz, Hhst.: 2.6650.955100 055 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)
Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 200.000,- € zu vermindern und als VE einzustellen.	
Überquerungshilfe/Ampelanlage L 3054 Rheinfelser Straße , Hhst.: 2.6650.965010 065 - Anregung des Ortsbeirates Lützellinden vom 13.12.2006 -	Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der SPD-Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE/FW/Stv. Koch-Michel)
Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist von 0,- € auf 50.000,- € und 50.000,- € VE neu festzusetzen. Deckungsvorschlag: Hhst.: 941300 Gewerbeflächen Lützellinden.	
STV/0690/2006 Hochwasserschutzdamm Weststadt, Hhst.: 2.6900.955000 055 - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.12.2006 -	Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)
Antrag: Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf ist um 130.000,- € zu vermindern und als VE einzustellen.	
Befestigung des Festplatzes Wieseck , Hhst.: 2.7340.960000 060 - Anregung des Ortsbeirates Wieseck vom 07.12.2006 -	Die SPD-Fraktion hat in der HFWR-Sitzung die Anregung übernommen und den Antrag wie folgt geändert: <i>„Der Haushaltsansatz laut Haushaltsplanentwurf von 0,- auf 10.000,- € für die Befestigung des Festplatzes Wieseck neu festzusetzen.“</i> Geändert einstimmig beschlossen.
Antrag: Wir bitten den Magistrat, für die Befestigung des Festplatzes in Wieseck 10.000,- € als VE in den Haushalt 2007 einzustellen.	
Sanierung Backhaus Rödgen , Hhst.: 2.7610.940000 040 - Anregung des Ortsbeirates Rödgen vom 12.12.2006 -	Die Anregung wurde in der HFWR-Sitzung von der SPD-Fraktion übernommen. Mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)

Antrag: Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, bei den Beratungen zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 im Vermögenshaushalt unter Einzelplan 7, Unterabschnitt 7610 - Öffentliche Backhäuser - zweckgebundene Mittel in Höhe von 100.000,- € für die Sanierung des Backhauses in Rödgen auszuweisen.	
Der Magistrat stellt folgenden Änderungsantrag: „Im Stellenplan Teil B - Beschäftigte -, UA 4640 Kindertagesstätten in der Entgeltgruppe 6 TVöD werden 2,5 zusätzliche Stellen (44,5 statt 42 Stellen) beschlossen.“	Der Änderungsantrag des Magistrats wird einstimmig beschlossen.

Die Sitzung wird von 20:15 Uhr bis 21:00 Uhr für eine Pause unterbrochen.

14.4. "3. Lesung"

STV/0449/2006

Haushaltssatzung 2007

Zur 3.Lesung sprechen die Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, Stv. Zippel für die FW-Fraktion, Stv. Beltz für die Die Linke.Fraktion, Stv. Grabe-Bolz für die SPD-Fraktion, Stv. Scherer für die FDP-Fraktion, Stv. Dr. Deetjen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stv. Möller für die CDU-Fraktion. Die Reden sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007
- Antrag des Magistrats vom 06.10.2006 -
STV/0449/2006**

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2007 wird gemäß §§ 94 ff HGO beschlossen.

Der Haushaltsplan schließt wie folgt ab:

a) Verwaltungshaushalt

Einnahmen	151.751.847,- €
Ausgaben	157.651.769,- €

b) Vermögenshaushalt

Einnahmen	73.730.795,- €,
Ausgaben	73.730.795,- €,

Verpflichtungsermächtigungen	17.486.000,- €
------------------------------	----------------

Dem Finanzplan mit Investitionsplan zum Haushaltsplan 2007 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Die Haushaltssatzung der Universitätsstadt Gießen für das Haushaltsjahr 2007 wird (mit den Änderungen) mehrheitlich beschlossen. (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: FW)

15. **Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2006** **STV/0698/2006**
- Antrag des Magistrats vom 21.12.2006 -
-

Antrag:

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss der Mittelhessischen Abwasserbetriebe zum 31.12.2006 wird die ANDAMOS GmbH in Gießen bestellt.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

16. **Gründung einer Stadtmarketing GmbH "Gießen GmbH"** **STV/0574/2006**
- Antrag des Oberbürgermeisters vom 27.11.2006 -
-

Antrag:

Dem Konzept zur Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft wird zugestimmt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Universitätsstadt Gießen, unter Federführung des Oberbürgermeisters, beauftragt, die Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft weiterhin voranzutreiben und das Konzept umzusetzen.

Stadtverordnetenvorsteher Gail teilt mit, dass der Magistrat in der HFWR-Sitzung am 11.12.2006 im Antragstext das Wort „Konzept“ durch das Wort „**Eckpunktepapier**“ ersetzt habe. **Somit lautet die geänderte Vorlage wie folgt:**

Dem **Eckpunktepapier** zur Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft wird zugestimmt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Universitätsstadt Gießen, unter Federführung des Oberbürgermeisters, beauftragt, die Gründung einer Stadtmarketing Gesellschaft weiterhin voranzutreiben und das **Eckpunktepapier** umzusetzen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Eibelshäuser, Möller, Zippel, Merz und Oberbürgermeister Haumann.

Auf Antrag der Stv. Bernard, CDU-Fraktion, werden die Ausführungen der Stv. Eibelshäuser, SPD-Fraktion, wörtlich protokolliert.

Stv. Eibelshäuser, SPD-Fraktion:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, bedingt durch die

Entwicklung und Gründung der innerstädtischen Innovationsbereiche, aber auch durch die vielfältigen Aktivitäten von Gießen-Aktiv und vieler anderer Akteure, Organisationen und Vereine sind wir in Gießen in der komfortablen Situation, wir sind in der glücklichen Lage, dass es ein vehementes und breites Interesse daran gibt, über das eigene unmittelbare Geschäftsinteresse hinaus die Stadt zu koordinieren und unter Einbeziehung aller Beteiligten zu entwickeln. Die Etablierung der BID's in der Innenstadt hat zu einer neuen Aufbruchstimmung geführt, aber auch Erwartungen geweckt und zu Recht Forderungen provoziert im Hinblick auf einen professionellen Rahmen, in dem sich alle öffentlichen und privaten Initiativen vollziehen sollen. Zu Recht wird hier Professionalität gefordert, zu Recht wird darauf hingewiesen, dass sich daraus neue Chancen für Gießen ergeben können und zu Recht wird ein koordiniertes Vorgehen gefordert. Dies gilt es ernsthaft zu verfolgen und das wollen wir tun. Und wir stehen nach wie vor zu dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 2005, an der Neuordnung des Stadtmarketings in Gießen zu arbeiten und die verschiedenen öffentlichen und privaten Aktivitäten in diesem Feld zusammen zu führen.

Aber ernst nehmen bedeutet auch, sehr präzise zu klären, worüber man redet, was passieren sollen, wer welche Rolle in diesem Prozess hat, wer Verantwortung trägt. Ernst nehmen bedeutet nicht, Nebelkerzen zu werfen, sondern sich der Verantwortung zu stellen. Und genau diese Ernsthaftigkeit vermissen wir in der Debatte. Uns liegt heute zur Beschlussfassung ein Eckpunktepapier vor, das Antworten gibt an Stellen, die so gar nicht zu entscheiden sind und Leerstellen lässt, wo wir präzise Aussagen benötigten, damit die Diskussion ergebnisorientiert fortgesetzt werden kann. Wir vermissen bei genauer Betrachtung in dem Eckpunktepapier eine präzise Definition von Stadtmarketing. Die strategischen Aufgaben sind sehr weitreichend formuliert, wohin gegen der vorgeschlagene organisatorische Rahmen eine mögliche Beteiligung nur ausgewählten Gesellschaftern ermöglichen soll. Geht es um einen breiten Kommunikationsprozess, der die Positionierung der Stadt und alle Maßnahmen und Initiativen umfasst, die die Stadt attraktiver machen soll für alle, die in der Stadt leben und wohnen, arbeiten und wirtschaften, dann muss der Kreis der Beteiligten anders zusammen gesetzt werden und die Verantwortung bei der Kommune zu 100 % verbleiben. Oder geht es doch in erster Linie um die Stärkung der Einkaufsstadt Gießen, um Zentrumsmarketing, was auch völlig legitim wäre. Wir vermissen weiterhin eine fundierte Analyse und, daraus abgeleitet, eine klare Aufgabenbeschreibung und klare Zuständigkeitsbereiche. Es werden überwiegend Geschäftsfelder genannt, die in der einen oder anderen Form heute schon in der Verwaltung bearbeitet oder begleitend werden und ausgegliedert werden sollen, ohne dass begründet wird, was denn die neue Qualität ausmacht beim Übergang in eine neue GmbH. Stattdessen enthält das Eckpunktepapier und das, was wir hier heute entscheiden sollen, Festlegungen zur Rechtsform, Festlegungen zur Überleitung von Personal und Überlegungen zum Zuschussbedarf durch die Kommune. Alles Festlegungen, die sich erst aus der Aufgabenbeschreibung und den Zuständigkeiten ergeben können.

Irritiert sind wir auch über den Ablauf der parlamentarischen Beratung. Sollte es noch nach der Haupt- und Finanzausschusssitzung Anfang Dezember darum gehen, zu fraktionsübergreifenden Konzepten zu kommen, konnten wir Mitte Januar in den Gießener Zeitungen lesen, dass die CDU bereits vor der Ausschusssitzung ihre Position

festgelegt hatte und beschlossen hatte, dass einerseits eine GmbH mit wenigen Gesellschaftern gegründet werden soll und zudem ein Stadtmanager, der den Magistrat unterstellt ist, eingestellt werden soll. Wer soll hier eigentlich was machen? Und es wäre natürlich - zum Stichwort Ehrlichkeit - auch ehrlich gewesen, Herr Möller, in der Ausschusssitzung diese Position uns schon mal kundzutun, das hat auch was mit Ernst nehmen von parlamentarischer Diskussion in parlamentarischer Beratung zu tun. Und jetzt soll ein Eckpunktepapier beschlossen werden, das einer völlig anderen Philosophie folgt, aber auch nur begrenzt Handlungsorientierung gibt. Was gilt jetzt und wer weiß jetzt, was der nächste Schritt ist? Hier scheint es um eine Entscheidung zu gehen, in der jeder sein Gesicht wahren kann, in die jeder sein Interesse hinein interpretieren kann und in der scheinbare Lösungen angeboten werden. Nebenbei bemerkt, dafür sind 30.000,- € ziemlich viel Geld. Deshalb wird die SPD dem, was hier heute zur Beschlussfassung vorliegt, nicht zustimmen. Aber das heißt nicht für uns, dass wir keine Professionalisierung von Stadtmarketing wollen. Wir stehen insbesondere zu dem Ansatz, alle Aktivitäten zu bündeln, die zum Ziel haben, die Innenstadt besser zu positionieren und die Lebens-/Wohn- und Einkaufsqualität in der Innenstadt zu steigern. Hier gilt es, zielorientiert Prozesse zu initiieren und dies zu evaluieren. Danach kann der Schritt kommen, dass sich das als erfolgreich Erwiesene dann ggf. auch auf andere Geschäftsfelder und in weitere Bereiche übertragen wird. Und nebenbei, damit sind wir auch wieder beim Stichwort Beteiligungsmanagement und bei der Frage, wie Erfolg gemessen wird.

Wir wollen den Prozess in der beschriebenen Richtung und werden uns an der Debatte immer beteiligen, aber keine Scheinlösungen mittragen, die jeder nach Gutdünken interpretieren kann.“

Beratungsergebnis:

Geändert mehrheitlich beschlossen

(Ja: CDU/GR/FDP/FW; Nein: LINKE/Stv. Koch-Michel; StE: SPD)

17. **Aufstellung der Bebauungsplanung "Seltersberg" im Bereich des Klinikums;** **STV/0704/2007**
hier: Entwurfsbeschluss zur Offenlegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes GI 04/22 "Seltersberg II" (Vorhaben- und Erschließungsplan "Universitätsklinikum")
- Antrag des Magistrates vom 02.01.2007 -
-

Antrag:

1. Für den mit Annahme- und Einleitungsbeschluss vom 21.12.2006 in der Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan GI 04/22 „Seltersberg II“ (Vorhaben- und Erschließungsplan „Universitätsklinikum“) wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Anwendung des vereinfachten Verfahrens gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) vorliegen.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan GI 04/22 „Seltersberg II“ (Vorhaben- und

Erschließungsplan „Universitätsklinikum“) sowie die eigenständigen, in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen (§ 81 Hess. Bauordnung HBO) Festsetzungen werden mit ihrer Begründung (Anlage 1) aufgrund der Feststellung in Nummer 1 ohne förmliche frühzeitige Beteiligungsverfahren als Entwurf beschlossen.

3. Auf Grundlage der Beschlüsse zu den Nummern 1 und 2 ist die Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB durchzuführen.
4. Parallel zur unter 3 genannten Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 3 BauGB durchzuführen.

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, stellt folgenden Initiativantrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, für den nicht beplanten Bereich des „Universitätsklinikums“ einen Bebauungsplan aufzustellen und vorzulegen.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, Möller, Bellof, Janitzki, Stadtrat Rausch und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

- Der Initiativantrag der Stv. Koch-Michel wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/SPD/GR/FDP/FW; Ja: Stv. Koch-Michel; StE: LINKE)
- Die Vorlage STV/0704/2007 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE/FDP/FW; StE: Stv. Koch-Michel)

- 18. Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans GI STV/0711/2007
01/23 "St. Josefs Krankenhaus";
hier: - Entwurfsbeschluss
- Durchführung der Offenlegung
- Antrag des Magistrats vom 15.01.2007-**
-

Antrag:

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. GI 01/23 „St. Josefs Krankenhaus“ wird mit den textlichen Festsetzungen und der Begründung zum Entwurf beschlossen
2. Als eigenständiger, in den Bebauungsplan-Entwurf integrierter Satzungsentwurf wird das Kapitel B (Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 Hessische Bauordnung) der textlichen Festsetzungen beschlossen.
3. Auf der Grundlage dieses Entwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Entwurfs-Begründung und mit wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen ist die öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Stv. Koch-Michel, Bürgerliste Gießen, stellt folgenden Änderungsantrag:

Folgende textliche Festsetzung wird dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan GI 01/23 „St. Josefs-Krankenhaus“ beigefügt und beschlossen:

Dachbegrünung

Alle flachen und flachgeneigten Dachflächen der geplanten Neubauten mit einer Größe von mindestens 30 m², sofern sie nicht für technische Aufbauten oder Anlagen benötigt werden, mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

Nachfolgende Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich werden auf Antrag der **Stv. Koch-Michel** wörtlich zu Protokoll genommen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich:

„Ich wollte Frau Koch-Michel darauf hinweisen, dass eine Dachbegrünung da nicht möglich ist, wegen krankenhausbmäßigen hygienischen Gründen. Deswegen können wir da keine Dachbegrünung vorsehen.“

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, schlägt vor, an den Ergänzungsantrag noch anzufügen: „... **zu versehen**, sofern dies rechtlich zulässig ist.“

Die Antragstellerin übernimmt die Ergänzung.

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Koch-Michel, Bellof und Bürgermeisterin Weigel-Greilich.

Beratungsergebnis:

- Der so ergänzten Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)
- Die Vorlage STV/0711/2007 wird einstimmig beschlossen.

**19. Bekanntgabe des Genehmigungserlasses der
Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2005 der
Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 18.12.2006 -**

STV/0659/2006

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Genehmigung der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2005 der Universitätsstadt Gießen mit den dazu gehörigen Auflagen seitens des Hessischen Kultusministeriums vom 23.11.2006 zur Kenntnis.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, ihren Beschluss vom 21.09.2006 (Drucksache 0340/2006, Teil 2 des Antrages der SPD-Fraktion vom 29.08.2006) aufzuheben. Der Magistrat wird aufgefordert, im Jahr 2009 einen Schulentwicklungsplan der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen und bis Ende September 2009 dem

Hessischen Kultusministerium zuzuleiten.

Die SPD-Fraktion, beantragt, **die Magistratsvorlage STV/0659/2006 im zweiten Absatz wie folgt zu ändern:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Genehmigung der Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2005 der Universitätsstadt Gießen mit den dazu gehörigen Auflagen seitens des Hessischen Kultusministeriums vom 23.11.2006 zur Kenntnis.

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, ihren Beschluss vom 21.09.2006, (Drucksache 0340/2006, Teil 2 des Antrages der SPD-Fraktion vom 29.08.2006) aufzuheben. Der Magistrat wird aufgefordert, einen Schulentwicklungsplan der Stadtverordnetenversammlung **zeitnah** vorzulegen **und dem Hessischen Kultusministerium zuzuleiten.***

An der Aussprache beteiligen sich die Stv. Merz, Möller, Wagener, Scherer und Tanriverdi.

Beratungsergebnis:

- Der SPD-Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt. (Nein: CDU/GR/FDP/FW; Ja: SPD/LINKE/Stv. Koch-Michel)
- Die Magistratsvorlage STV/0659/2006 wird einstimmig beschlossen (Ja: CDU/SPD/GR/FDP/FW/2 LINKE; StE: 2 LINKE; NT: Stv. Koch-Michel)

20. Gießen-Pass
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 24.10.2006 -

STV/0502/2006

Antrag:

Der Magistrat unserer Stadt bietet den Gießen-Pass zum 01.01.2007 neu an: Die ursprüngliche Regelung beim Gießen-Pass, die bis zum 01.01.2002 gültig war, ist wieder einzuführen. Das heißt anspruchsberechtigt ist jeder, dessen Einkommen das 1,3-fache des Hartz-IV-Bedarfs, also ca. 1.000,- € z. B. bei Alleinstehenden, nicht übersteigt.

Der Gießen-Pass ermöglicht die Nutzung aller kommunaler Einrichtungen wie z. B. Stadtbusse, Schwimmbäder, Volkshochschule usw. zu 25 % des Normalpreises.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (Mitternacht) wird die Vorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

21. **Gründung einer Projektgesellschaft zur Vermarktung der Wohnflächen nach Abzug der US-Armee** **STV/0626/2006**
- Antrag der FW-Fraktion vom 06.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, schnellstmöglich eine **Projektgesellschaft zur Vermarktung der freiwerdenden Wohnflächen** nach Abzug der US-Armee zu gründen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (Mitternacht) wird die Vorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

22. **Verkehrsführung im Südviertel** **STV/0665/2006**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 21.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend Gespräche mit der Justus-Liebig-Universität aufzunehmen, die zum Ziel haben, die Verbindungsstraße zwischen Heinrich-Buff-Ring und Wartweg zu sperren.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (Mitternacht) wird die Vorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

23. **Aufstellung eines Bebauungsplanes Südanlage 10** **STV/0725/2007**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 15.12.2006 -
-

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, umgehend mit der Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens für den Bereich „Südanlage 10“ zu beginnen.

Inhalt des Bebauungsplanes soll die Zielrichtung einer besonderen städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme in Verbindung mit sämtlichen rechtlich verfügbaren Möglichkeiten sein, die zur Umsetzung der Maßnahme erforderlich sind

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (Mitternacht) wird die Vorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

24. Vergabepaxis bei der Anbringung von Werbetafeln auf städtischen Flächen **STV/0731/2007**
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 15.01.2007 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, den Antrag des ASTA und DGB Jugendbüro auf Anbringung der Plakate „Verfassungsklage Studiengebühren“ auf städtische Flächen, **kostenfrei**, zu genehmigen.

Beratungsergebnis:

Aufgrund der fortgeschrittenen Uhrzeit (Mitternacht) wird die Vorlage bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung in der Beratung und Beschlussfassung zurückgestellt.

25. Verschiedenes

Es wird nichts vorgebracht.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Gail

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Knoth